

Kommunalpolitische Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei Wuppertal

Die Kommunalwahlen sind für den **13.09.2020** vorgesehen, und 200 Jahre zuvor, am 28. November 1820, wurde der große Sohn unserer Stadt im Tal, Friedrich Engels, geboren.

Er und Karl Marx verfassten das Manifest der Kommunistischen Partei. Das will die Kommunistische Partei Wuppertal gebührend ehren und erstellt ein kommunalpolitisches Forderungsprogramm für die Menschen unserer Stadt im Sinne von Marx und Engels wie folgt:

Programm für eine demokratische und soziale Stadt

Seit vielen Jahren verschlechtert sich die finanzielle Situation der Kommunen und damit die Lebensqualität der Menschen. Die Ursache hierfür liegt nicht darin, dass die Städte und Gemeinden schlecht haushalten - diese Entwicklung ist das Ergebnis einer gezielten Änderung staatlicher Politik zugunsten der Banken, der Konzerne und der Superreichen in unserer Stadt, im Land und weltweit.

Dazu trägt auch die Änderung der Steuergesetzgebung durch die damalige Schröder-Regierung bei, wonach international agierende Großkonzerne wie z.B. die Bayer AG ihre Bilanzverluste im Ausland mit den Gewinnen im Inland verrechnen können.

Die unmittelbare Folge für Wuppertal ist, dass z.B. der global agierende Konzern Bayer schon seit Jahren keine Gewerbesteuer mehr an die Stadtkasse abführt – eine Katastrophe für die Stadt und ihre Finanzen. Auch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben und die massive Kürzung von Mitteln durch das Land und den Bund haben zur Verschuldung der Städte und Gemeinden beigetragen.

Zudem hat die Vernichtung tausender Arbeitsplätze alleine in den letzten rund 30 Jahren in Wuppertal dazu geführt, dass viele Menschen in die blanke Not getrieben wurden und schließlich bei „Hartz IV“ landeten. Dadurch wurde nicht nur die Kaufkraft massiv

geschwächt. Damit hat die Stadt Wuppertal auch erhebliche Einbußen durch den Wegfall der Lohnsteueranteile hinnehmen müssen und wurde mit steigenden Sozialleistungen belastet.

Diese zunehmende finanzielle Not-situation der Städte und Gemeinden wird seit geraumer Zeit von international agierenden „Investoren“ und sog. „Heuschrecken“ gezielt dazu genutzt, ihre Macht auf Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge auszudehnen.



Dazu gehören z.B. Aufkäufe von städtischen Kliniken wie Helios, die Übernahme städtischer Wohnungen durch Vonovia u.a., aber auch sogenannte „ppp-Verträge“ (private - öffentliche Partnerschaft), bei denen private Investoren den Bau und Betrieb von öffentlichen Versorgungseinrichtungen wie Verwaltungsgebäuden, Schulen, KiTas, Kanalisation, Wasser- und Energieversorgung übernehmen. Dabei werden diese Bereiche dauerhaft der notwendigen städtischen und staatlichen Kontrolle entzogen und das Leben für die meisten Bürger*innen drastisch verteuert. Diese Investoren handeln allein nach der Profitmaximierung.

Viele Menschen leben jetzt schon am Existenzminimum und sogar darunter. Seit über 10 Jahren leidet Wuppertal unter dem Haushaltssicherungskonzept.

Kontakt zur DKP Wuppertal



www.dkp-wuppertal.org

Informationen über Veranstaltungen

www.dkp-wuppertal.org

Kontaktaufnahme bevorzugt per eMail:

dkp_wuppertal@t-online.de

Gathe 55, 42107 Wuppertal
Telefon 0202 / 456 458

Dadurch, dass keine neuen Schulden aufgenommen werden dürfen, ist ein riesiger Investitionsstau in der kommunalen Daseinsvorsorge entstanden.

Das Haushaltssicherungskonzept ist ein Kaputtspardiktat, mit dessen Hilfe der Abbau und Ausverkauf kommunaler Leistungen für die Bevölkerung vorangetrieben wird.

Wir fordern einen vollständigen Schuldenschnitt für die Stadt Wuppertal durch Bund und Land und setzen uns für den Zusammenschluss mit weiteren verarmten Kommunen ein, um gemeinsam Widerstand gegen die ungerechte Verteilung der Bundes- und Landesmittel zu organisieren.

Wir Kommunist*innen unterstützen darüber hinaus alle Bürgerinitiativen und Bündnisse, die sich gegen die kommunale „Kaputtspare-Politik“, gegen die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums und für sozialen Wohnungsbau einsetzen.



Deshalb erheben wir folgende kommunalpolitische Forderungen:

Erhalt und Neuschaffung hochwertiger Arbeitsplätze

Es muss vom Staat, vom Land und von der Stadt energischer darauf Einfluss genommen werden, dass Firmen wie die Vorwerk-Betriebe, Scheffler, Axalta und die Bayer AG nicht aus reinem Profitstreben unwidersprochen hier Arbeitsplätze abbauen können, um die Produktion in Billiglohn-Länder zu verlegen. Es gibt Beispiele aus anderen Ländern, in denen bei Tariffucht und Produktionsverlegung hohe Strafen drohen, und bei der Ansiedlung neuer Betriebe vertragliche Festlegungen, über die Anzahl der zu schaffenden Arbeitsplätze, die Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen und soziale Standards getroffen werden. Die Stadt Wuppertal sollte selbst mit gutem Beispiel vorangehen, verstärkt gute Ausbildungsplätze und gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten, zumal durch den massiven Arbeitsplatz-Abbau der letzten 30 Jahre viele Bereiche in der Verwaltung und den städtischen Betrieben unterbesetzt sind.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Kommunalpolitischen Forderungen sind: Kinder - Jugend - Familie

Wir Kommunist*innen setzen uns für eine soziale Stadt ein, in der das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut wird. Jedes Kind muss die gleichen Bildungs- und Lebenschancen bekommen. Kein Kind und keine Familie darf wegen ihres sozialen Status an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Es ist notwendig, dass in den Bezirkssozialdiensten, den Kinder- und Jugendeinrichtungen und den KiTas das Personal aufgestockt wird. Bürokratische Hürden bei der Beantragung und Gewährung von Hilfsmaßnahmen müssen abgebaut und durch weiteren Ausbau der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht werden.

Um dieses Ziel zu erreichen fordert die DKP Wuppertal:

- die Aufstockung des Personals in den Bezirkssozialdiensten
- eine angemessene Bezahlung und Fortbildung des Personals

- die Schaffung von zusätzlichen, kostenlosen und annehmenden Angeboten wie z.B. Elterncafes, Infoveranstaltungen und den Ausbau des Teilhabepaketes für Familien in Problemlagen
- den Abbau bürokratischer Hürden bei der Antragstellung bzw. der Gewährung von Hilfsmaßnahmen
- Aufstockung des Etats für notwendige Hilfen
- Erweiterung der Angebote im Bereich der frühen Hilfen für junge Familien

Selbstverständlich muss es sein, jedem Kind gleiche Lern- und Bildungschancen zu ermöglichen. Das fängt schon in der KiTa an und setzt sich mit einer wohnortnahen Grundschul-anbindung nach dem Grundsatz: „kurze Beine – kurze Wege!“ fort.

In Wuppertal gibt es zurzeit 46 Kinder- und Jugendeinrichtungen in freier und städtischer Trägerschaft. Aufgaben sind u.a. die Betreuung und Förderung der jungen Menschen in der Freizeit entsprechend den jeweiligen altersgerechten Interessen und Bedürfnissen.

Um möglichst viele junge Menschen zu erreichen, ist das Wuppertaler Angebot nicht ausreichend! Wir fordern:

- den Ausbau der Angebote zu Einrichtungen mit inklusiven Angeboten
- die Ausweitung des Angebotes für Jugendliche und junge Erwachsene
- die Aufstockung des Etats in den Einrichtungen zum bedarfsgerechten Arbeiten
- die Ausweitung des Elementarbereichs KiTa

Neben den schnellen Hilfen für eine Familien mit Kindern im frühen Kindesalter ist eine angemessene Förderung und Betreuung der Kinder im Elementarbereich von großer Bedeutung. Das ermöglicht den Kindern einen außerfamiliären Lern- und Erfahrungs-ort und entlastet Familien mit ihren unterschiedlichen Bedarfen wie Berufstätigkeit, Entlastung von Alleinerziehenden, Kompensation und Hilfestellung für Familien in schwierigen Lebenssituationen.

Um allen Kindern bzw. ihren Familien das Recht auf einen KiTa Platz zu gewähren, fordert die DKP:

- den Ausbau des KiTa Angebotes durch Neubau von Einrichtungen oder Anbau an vorhandenen Gebäuden sowie ein flächendeckendes und kostenloses

Angebot an KiTa Plätzen, auch für Kinder unter drei Jahren, das sich am tatsächlichen Bedarf in den Stadtteilen orientiert

- eine zeitgemäße und hochwertige Ausstattung mit Spiel-, und Lernmitteln
- den Ausbau der Inklusion mit entsprechendem Personal und einer angemessenen finanziellen Ausstattung
- die Einrichtung von mehr Ausbildungsplätzen

Wir fordern weiterhin den Ausbau des offenen Ganztages für alle Kinder ohne eine Bedarfsprüfung. Die Schaffung kleinerer Klassen, insbesondere Inklusionsklassen und die Aufstockung eines qualifizierten Lehrpersonals. Die DKP hält die Schulform der Integrierten Gesamtschule gegenüber dem dreigliedrigen Schulsystem für eindeutig überlegen. Die Erfahrungen der letzten 40 Jahre haben deutlich gezeigt, dass nur die Integrierte Gesamtschule allen Kindern die gleichen Bildungschancen bietet. Deshalb begrüßen wir alle Entscheidungen für den Bau und Ausbau weiterer Gesamtschulen in Wuppertal - vor allem im Osten der Stadt.

Der Ausbau des offenen Ganztages- und des Grundschulangebotes ist ebenfalls notwendig!

Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern oder dem Wohnort eines Kindes abhängen. Bildung und Wissen prägen den jungen Menschen maßgeblich und sind für seine Entwicklung und sein zukünftiges Leben von großer Bedeutung

Wir fordern für die Schülerinnen und Schüler aller Schulen:

- eine zeitgemäße und hochwertige Ausstattung mit Lehr-, und Lernmitteln
- die Aufstockung des Personals, um Schulausfall zu vermeiden
- den Ausbau von Förderangeboten vor Ort
- die konsequente Renovierung aller Wuppertaler Schulen
- eine tägliche und qualitativ gute Reinigung der Gebäude insbesondere der sanitären Anlagen
- den Ausbau der Inklusion mit mehr qualifiziertem Personal, einer besseren Finanzausstattung und kleinere Klassen
- kostenfreie Nutzung des ÖPNV
- Verbesserung eines sozialpädagogischen Angebotes für die Schülerschaft mit Sport, Musik und Kultur
- die Aufrechterhaltung und die Erweiterung der Schulsozialarbeit

Soziales und Gesundheit

Empfänger*innen sozialer Leistungen, Schüler*innen, Studierende und Familien sollen verlässliche Ermäßigungen auf alle öffentlichen Dienstleistungen wie z.B. Eintritte in Kulturveranstaltungen erhalten. Durch kostenlose Mittagessen und gezielte Unterstützung muss die Kinderarmut bekämpft werden.

Die teilweise entwürdigende Behandlung von Leistungsempfänger*innen durch das Jobcenter muss gestoppt, die Übernahme von Mietkosten durch Jobcenter und Sozialamt erhöht werden.

Keine weiteren Krankenhausschließungen

Es muss die Re-kommunalisierung von Kliniken und anderen öffentlichen Einrichtungen erreicht werden. Zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in den Stadtteilen muss der Ausbau von Facharztzentren, wie z.B. Polikliniken, vorangetrieben werden. Wir fordern die Re-kommunalisierung der Reinigungsdienste in allen öffentlichen Einrichtungen.

Sozialeinrichtungen wie Mieter- und Rentner*innentreffs in den Stadtteilen tragen zum sozialen Miteinander der Menschen bei und sind beizubehalten bzw. auszubauen.

Der Kampf gegen Ausgrenzung und Altersarmut muss entschieden geführt werden. Wir fordern, bedürftigen Menschen ein kostenloses Mittagessen zur Verfügung zu stellen.

Wohnungspolitik

Die Veräußerung von städtischem Grund und Boden an private Investoren muss gestoppt werden. Statt Luxusbauten brauchen wir eine preiswerten öffentlichen und sozialen Wohnungsbau – hier sollen Brachflächen in den Innenstädten genutzt werden. Auch die Wohnungsbau-Genossenschaften sind als wichtige Ergänzung zum öffentlichen Wohnungsbau zu fördern.

Die Sozialbindung muss dauerhaft bestehen bleiben.

Die Entwicklung in den Stadtquartieren ist kritisch zu begleiten. Dazu gehört ein deutliches „Ja“ zur Aufwertung von Wohnquartieren zugunsten der dort

lebenden Menschen, und ein „Nein“ zu Luxussanierungen und Verdrängung von alteingesessenen Bewohner*innen. Der Wohnungsleerstand unserer Stadt muss ermittelt und zur Vermietung freigegeben werden. Ein Mietendeckel muss her!

Kultur – Freizeit – Sport

Wir begrüßen ausdrücklich, dass öffentliche Einrichtungen wie z.B. Schwimmbäder durch die lobenswerte Initiative und Engagements der Bürger*innen vor der Schließung bzw. dem Verkauf gerettet und damit für die Bevölkerung erhalten werden.

Es darf keine weitere Privatisierung von Bädern, Sportplätzen und Bibliotheken geben. Wir unterstützen die sofortige Sanierung des Freibades Mählersbeck sowie den Erhalt aller noch vorhandenen Bäder.

Die Re-kommunalisierung ehemals städtischer Bäder muss durchgesetzt werden.

Der Schulschwimmsport muss stärker gefördert werden.

Das Angebot an Spielplätzen in den Wohnquartieren muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Wir begrüßen die Initiative z.B. von Bezirksvertretungen, die einen erheblichen Teil ihrer Mittel für den Erhalt und die dauerhafte Sanierung von Spielplätzen einsetzen.

Die Sportplätze sollten allen Menschen außerhalb der Vereinsnutzung zur Verfügung stehen.

Wir fordern den Erhalt des Stadttheaters mit seinen Bühnen. Wir fordern, dass weitere kulturelle Initiativen unterstützt werden.

Die Bergische VHS muss gestärkt, ihre Kursangebote ausgebaut und die reduzierte Umsatzsteuer von 7% auf Kurse beibehalten werden.

Die Geburtsstadt des großen Philosophen und Revolutionärs, Friedrich Engels, muss weiterhin Veranstaltungen zur Wissensvermittlung durchführen.

Verkehrspolitik – öffentlicher Personennahverkehr

Dem öffentlichen Nahverkehr, der Ausweitung von Radverkehrswegen, der Sicherung und dem Ausbau von

Fußwegen muss konsequent der Vorrang gegenüber dem Individualverkehr eingeräumt werden.

Das bedeutet:

- Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrsnetzes, Verdichtung der Verkehrstakte und die Abstimmung der Ankunfts- und Abfahrzeiten

- Ein preislich attraktives und bezahlbares Kombiticket sowie ein bezahlbares Sozialticket für Leistungsempfänger*innen

Das Ziel ist: Ein kostenfreier ÖPNV für alle

- Keine weitere Versiegelung der Innenstädte mit PKW-Parkflächen, stattdessen, deren konsequenter Rückbau zugunsten der Fußgänger*innen und eines Radverkehrskonzeptes

- Stadtweiter Ausbau und Erweiterung von Tempo-30-Zonen. Schrittgeschwindigkeit vor Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Altenheimen

- Autofreie Innenstädte und Wohnquartiere - das Luisenviertel soll dabei eine Vorreiterrolle spielen

- Der weitere Ausbau des innerstädtischen Straßenverkehrs muss beendet werden. Dort, wo er noch für eine Übergangszeit im Sinne einer erträglichen Verkehrsführung für den ÖPNV notwendig ist, muss der Schutz der Anwohner*innen oberste Priorität bei der Planung und Durchführung haben

- Die verkehrspolitische Forderung nach einer Verlegung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene ist politisch voranzutreiben

- Ausbau des Radwegenetzes: Es ist eine Umwidmung von Straßen zu Fahrradwegen vor allem im Innenstadtbereich erforderlich

Umwelt- und Energiepolitik

Wuppertal ist eine Stadt, die sowohl im Innenstadt- wie auch im umliegenden Landschaftsbereich eine wertvolle „Grüne Lunge“ besitzt und deren großer Baumbestand zu einer verhältnismäßig sauberen Luft und damit zu einer besseren Lebensqualität der Menschen beiträgt.

Wir begrüßen, dass sich der Rat der Stadt im vergangenen Jahr nach mehr als 10 Jahren wieder dazu durchgerungen hat, eine neue Baumschutzsatzung zu beschließen. Doch diese Baumschutzsatzung muss mit Leben gefüllt werden, damit nicht zu viele Ausnahmen

diese Satzung schwächen bzw. wirkungslos machen.

Deshalb muss um jeden Baum in den Wohnquartieren gerungen werden.

Der Rodung von Waldflächen im Umland wie z.B. für die Haldenerweiterung der Kalkwerke Oetelshofen muss Einhaltung geboten, und die Versiegelung von Landschaftsschutzflächen wie der „Kleinen Höhe“ verhindert werden.

Die Versiegelung riesiger Flächen in den Innenstädten für die Verkaufs- und Parkflächen der Discounter muss beendet werden. Auch bei der Planung von neuen Wohnbauflächen sind „Grüne Lungen“ und Flora-Fauna-Habitate zu erhalten.

Die WSW als kommunaler Energieversorger sind gefordert, sich für die Produktion nachhaltiger Energie stark zu machen. Dazu gehören:

- Die Erschließung neuer Energiequellen durch lokale Förderung von Solar-, Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Weitere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Die schnellstmögliche Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Wasserstoff- bzw. Elektroantrieb

Wir halten es für erforderlich, das Personal der Stadtreinigung und der Müllentsorgung deutlich aufzustocken, um die öffentlichen Flächen sauber zu halten. Auch das Recyclingsystem ist zu verbessern, um die weitere Verschmutzung vor allem der Gewässer und der Weltmeere zu vermeiden. Auch diese Arbeiten müssen kommunal betrieben werden.

Migrationspolitik

Die Leitlinie einer humanen Migrationspolitik muss davon ausgehen, dass sie eine Chance für die Stadt Wuppertal und ihre Einwohner*innen ist. Gelungene Integration wird daran gemessen, wie es gelingt, vom ersten Tag an eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern.

Dazu gehören:

- Der Ausbau von Sprachkursangeboten - vor allem an der Bergischen VHS
- In der Anfangsphase müssen

Dolmetscher*innen zur Unterstützung der Migrant*innen eingesetzt werden

- Verbesserung der Angebote für Geflüchtete und Zugewanderte durch personelle Verstärkung im "Haus der Integration"

-Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete

Die DKP fordert die Bereitstellung von mindestens 100 Plätzen für unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder aus den Flüchtlingslagern und deren sofortige ärztliche, soziale und psychologische Betreuung.

Antifaschismus und Frieden

Rechte, nationalistische, faschistische Gruppen und Parteien haben sich in Wuppertal in den zurückliegenden Jahren festgesetzt. Sie terrorisieren Minderheiten und Antifaschist*innen, sorgen mit Wandschmierereien und Aufmärschen für Aufsehen und sind nach den Anschlägen und Morden der letzten Zeit eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen – auch in Wuppertal.

Deshalb fordert die DKP:

- Das Ausschöpfen aller Rechtsmittel gegen das dreiste Auftreten von Faschist*innen in der Öffentlichkeit
- Keine Vergabe städtischer Räume an rechte Parteien und Organisationen
- Keine Kriminalisierung antifaschistischer Proteste und Unterstützung des „Bündnisses gegen Rechts“
- Umbenennung aller Straßen, die nach alten Nazis und Militaristen benannt sind

Die DKP arbeitet mit der VVN/ BdA zusammen und unterstützt deren Kampf um den Erhalt der Gemeinnützigkeit. Wir teilen mit der VVN/ BdA die Forderung, im jetzigen „Kontor 91“ auf dem Barmer Werth, ein Erinnerungs- und Dokumentationszentrum zum Wuppertaler Widerstand gegen den Faschismus von 1933 – 1945 einzurichten.

Im Sinne der Erhaltung des Friedens sprechen wir uns auch klar für ein Werbeverbot der Bundeswehr auf allen öffentlichen Flächen und in allen öffentlichen Schulen und Gebäuden - aus. Wuppertal muss klare Flagge zeigen und sich offiziell als „Militär- und Nazifreie Stadt“ benennen. Dazu gehört auch das Verbot von Militärtransporten durch das Stadtgebiet von Wuppertal!

Grundbedingungen einer sozialen Kommunalpolitik

- Schluss mit dem städtischen „Spar-diktat“, da sich ansonsten Wuppertal niemals von den Milliarden-Schulden befreien wird
- Schuldenschnitt – d.h. Erlass aller kommunalen Schulden durch Bund und Land
- Deutlich höhere finanzielle Beteiligung von Bund und Land zur Bewältigung der vielen Aufgaben in Wuppertal
- Erhöhung und konsequente Umsetzung der Gewerbesteuer - zunächst auf den Stand der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts
- Umverteilung des Reichtums auch in Wuppertal durch eine wirksame Vermögenssteuer, die die Superreichen unserer Stadt zwingen würde, sich entsprechend dem Grundgesetz an der Daseinsvorsorge der Gesamtbevölkerung zu beteiligen
- Senkung des staatlichen Rüstungsetats zugunsten der Finanzierung sozialer Projekte in Stadt und Land.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen auch deutlich machen, dass eine wirklich grundlegende alternative und soziale Politik nur möglich wird, wenn eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in unserem Land und unserer Stadt zustande kommt. Dazu muss die Macht der großen Monopole eingeschränkt und der Kampf gegen die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse geführt werden. Das geht nur im Bündnis mit den vielen Menschen unserer Stadt, der Arbeiterklasse, dem Mittelstand, den Bauern, den Handwerker*innen und Kleingewerbetreibenden.

Lasst uns damit beginnen – es lohnt sich!



Impressum

Herausgeber: DKP Wuppertal
 Gathe 55, 42107 Wuppertal
 Tel.: 0202-456458 Mail:
 dkp_wuppertal@t-online.de
 www.dkp-wuppertal.org